

# SIRENEN DES KRIEGES

LiteraturForschung Bd. 38  
Herausgegeben vom Leibniz-Zentrum für  
Literatur- und Kulturforschung

Roman Dubasevych, Matthias Schwartz (Hg.)

# Sirenen des Krieges

Diskursive und affektive  
Dimensionen des Ukraine-Konflikts

Mit Beiträgen von

Tarik Cyril Amar, Roman Dubasevych, Michael Fehr,  
Susi K. Frank, Tatjana Hofmann, Sabine von Löwis,  
Oksana Mikheieva, Kateryna Mishchenko, Matthias Schwartz,  
Igor Sid, Nina Weller und Jan Zofka

Kulturverlag Kadmos Berlin

Das dieser Publikation zugrunde liegende Forschungsvorhaben wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01UG1412 gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2020, 2023

Kulturverlag Kadmos Berlin. Wolfram Burckhardt  
Alle Rechte vorbehalten

Internet: [www.kulturverlag-kadmos.de](http://www.kulturverlag-kadmos.de)

Umschlaggestaltung: kaleidogramm, Berlin.

Umschlagabbildung: Davyd Čyčkan: *Der Krieg eröffnet Möglichkeiten für Neonazis und Faschisten auf beiden Seiten* (Vijna vidkryvaje možlyvosti dlja neo-nacystiv i fašystiv po obydvj storony, 2017).

Gestaltung und Satz: kaleidogramm, Berlin

Druck: MCP

Printed in EU

ISBN 978-3-86599-552-0

# No Good War: Die Ukraine und eine europäische Sinnkrise

TARIK CYRIL AMAR

Bei der Krise in der und um die Ukraine, die in den letzten Wochen des Jahres 2013 begann, kam eine Vielzahl an inneren und äußeren Faktoren und Ereignissen zusammen.<sup>1</sup> Diese umfassten eine im Wesentlichen demokratische Revolution gegen eine – paradoxer- und unglücklicherweise – durch Wahlen legitimierte Regierung, die jedoch ausgesprochen korrupt war und durch gewaltsame Repressionen ihre Macht missbrauchte; Separatismus, Rebellion und die unbeholfene Antwort der neuen, postrevolutionären Kiewer Regierung; russische Aggression, Invasion und Annexion; einen anhaltenden – wenn auch geographisch weitgehend eingegrenzten – blutigen Konflikt, bei dem interne Faktoren und die russische Intervention zusammenwirken; sowie größere globale Effekte, die neben Sanktionen eine seit dem Ende des Kalten Krieges nicht gekannte Abkühlung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland umfassten.

Ein traurig-ironisches Ergebnis der Ukraine-Krise<sup>2</sup> war aber auch, dass ungeachtet aller vorherigen Hochs und Tiefs des öffentlichen Interesses die Ukraine eine internationale Aufmerksamkeit auf sich zog wie noch nie seit Erlangung ihrer staatlichen Unabhängigkeit im Jahr 1991 – wenn man einmal von einer zeitweisen Ausnahme während der Orangen Revolution von 2004/2005 absieht. Dabei sind die meisten Sympathien zumindest im Westen eindeutig auf der Seite der postrevolutionären Ukraine. Zwar zeigten einige ukrainische (und andere) Beobachterinnen und Beobachter sich besorgt, dass ihrem Land nicht genügend guter Wille entgegengebracht werde, doch scheint das lediglich auf einen wenig repräsentativen Teil der westlichen öffentlichen Meinung zuzu-

---

<sup>1</sup> Dieser Essay beruht auf einer Keynote Lecture beim Ukrainicum an der Universität Greifswald im Sommer 2015. Der Vortrag ist überarbeitet, aber nicht um spätere Ereignisse ergänzt worden. Er spiegelt den Stand der Dinge zu seinem Entstehungszeitpunkt wieder. Der Autor vertritt die gleichen Positionen auch heute, im Herbst 2019.

<sup>2</sup> Ich benutze aus pragmatischen Gründen den Begriff ›Ukraine-Krise‹ als Kurzformel. Er ist weder ein politisches Statement noch impliziert er irgendeine Verantwortlichkeit oder Sympathie.

treffen. Tatsächlich brachte die Krise eine Steigerung des Ansehens der Ukraine im Westen und einen Absturz desjenigen Russlands.<sup>3</sup> Anders gesagt, was immer man auch von dem berühmt-berüchtigten Label des ›Russlandverstehers‹ hält, wahr ist, dass seit der Ukraine-Krise eine ›nachgiebige‹ Haltung gegenüber Putins Russland im Westen lange Zeit eine größtenteils unbedeutende Minderheitenposition darstellte.

Trotz der vielen schweren Verluste, die die Ukraine-Krise mit sich gebracht hat, hätte es noch sehr viel schlimmer kommen können. Wenn beispielsweise die anfänglichen Ratschläge des Kalter-Krieg-Strategen Zbigniew Brzeziński beachtet worden wären, die Ukraine zu Russlands »Vietnam« (so seine Worte) zu machen, wäre sie heute sicherlich schlechter dran, Europa voraussichtlich auch, und der Rest der Welt ziemlich wahrscheinlich ebenfalls.<sup>4</sup> Doch die Krise ist noch nicht vorbei, sondern produziert weiterhin ein stetes Mehr an Toten, Zerstörung, Vertreibung und internationaler Spannung.

Gleichzeitig geht der Krieg der Waffen und um Territorien – wie andere Konflikte auch – einher mit einem Krieg der Worte und um Worte: Unter Intellektuellen nicht weniger als unter Politikern sind die Begriffe, mit denen über die Ereignisse, deren Charakter und Ursachen gesprochen werden soll, höchst umstritten. Die Öffentlichkeit ist insgesamt mit einem massiven Einsatz der Medien – insbesondere des Fernsehens und der sozialen Medien – für Propagandazwecke konfrontiert.<sup>5</sup> Infolgedessen sind Begriffe zu umkämpften Positionen im Kampf um Deutungshoheit geworden.

Vor diesem Hintergrund geht es mir hier nicht um einen Abriss dessen, was geschehen ist, oder um einen weiteren Beitrag zu der Frage, wie wir darüber sprechen oder *nicht* sprechen sollen oder dürfen. Über die politischen Implikationen von Begriffen wie ›Revolution‹, ›Staatsstreich‹, ›Rebellion‹, ›Separatist‹, ›Terrorist‹ oder über die Reifikation von geographischen oder ethnischen Konzepten und generell über die Tatsache, dass Sprache eine politische Waffe sein kann, ist bereits viel gesagt worden.

Stattdessen beschäftigt sich dieser Essay mit den verschiedenen Bedeutungen, die dieser Krise zugeordnet worden sind, insbesondere in

<sup>3</sup> Die alten und zugleich neuen Eliten der Ukraine sind jedoch bereits dabei, ihre Erfolge zu verspielen, indem sie – erneut, wie nach der Orangen Revolution – die Hoffnungen auf Reform und Wandel enttäuschen.

<sup>4</sup> Zu Brzezińskis Vorschlägen vgl.: »Brzezinski: West should provide military assistance to Ukraine«, 14.04.2014, <https://charter97.org/en/news/2014/4/14/94430/> (30.11.2017).

<sup>5</sup> Vgl. Jack Losh: »Ukraine's War of Words and Viral Videos«, 01.12.2016, <https://codastory.com/disinformation-crisis/armed-conflict/ukraines-war-of-words-and-viral-videos> (30.11.2017).

Hinsicht auf die Idee, oder vielleicht eher die Ideen, von Europa. Denn die Ukraine-Krise zeichnet sich durch die Tendenz aus, nicht nur anscheinend rationale – wenn auch potentiell unmoralische oder amoralische – Dinge wie Interessen und Strategien zu bündeln, sondern auch solche Dinge, die offensichtlicher (oder offener) von Emotionen wie Hoffnung oder Angst geprägt sind, was besonders mit Bezug auf Europa und seine Zukunft der Fall ist.

Um dieses Phänomen zu verstehen, ist es hilfreich, zuerst die verschiedenen Bedeutungen des Begriffs ›Sinn‹ (meaning), um die es in diesem Zusammenhang gehen soll, zu klären. *Erstens* betrifft er hier Legitimität: Aus dieser Perspektive droht etwas, das seinen Sinn verliert, insbesondere einer imaginierten Gemeinschaft oder einem politischen Projekt, die Gefahr, als bestenfalls entbehrlich wahrgenommen zu werden. Wenn wir Institutionen – wie Staaten, Regierungen und internationale Zusammenschlüsse – als soziale Konstruktionen verstehen, dann können diese sich bei prinzipiellem Sinnverlust vielleicht noch eine Zeit lang halten, aber nicht für immer.

*Zweitens* wirft ›Sinn‹ die Frage nach dem Zweck auf: Ein sinnvolles Europa zum Beispiel muss für lohnende Ziele stehen, die jenseits von Schuldenerlass oder Sparvorgaben liegen. Anders gesagt, Regeln allein (selbst wenn sie strikt befolgt werden würden) retten Europa nicht als politisches Projekt.

*Drittens* und damit eng zusammenhängend ist Sinnggebung politisch überlebenswichtig und nicht etwa ein Luxus: Als historisches Beispiel für eine Großmacht (wenn nicht gar ›Supermacht‹), die nicht aufgrund einer Kriegsniederlage, sondern aufgrund einer doppelten, einer Wirtschafts- und Sinnkrise zusammengebrochen ist, muss man nur an die ehemalige Sowjetunion erinnern. Auch wenn die Sowjetunion ein besonderes, ein ausdrücklich ideologisch begründetes und utopisch anmutendes Projekt war, bleibt ihr Schicksal doch eine Warnung auch für andere politische Systeme – insbesondere, weil ihr Zusammenbruch am Ende weniger mit ihrer spezifischen Ideologie als vielmehr mit den Konsequenzen von weitverbreitetem Zynismus und Inkompetenz zu tun hatte, wodurch ihre Ideen jedwede Anziehungskraft verloren.

*Viertens* und letztens: Zumindest in modernen Gesellschaften ist dieser Typ von politisch unverzichtbarer Sinnggebung von einer erfolgreichen und breiten Kommunikation abhängig: Ihr Zweck und ihre Legitimität werden schlicht irrelevant, wenn sie nicht allgemein anerkannt sind.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach besonderen Zusammenhängen zwischen der Ukraine-Krise und der europäischen Politik. Denn schließlich waren auch andere Instanzen – reale, imagi-

nierte oder beides – involviert und angesprochen, etwa der Westen, die euro-atlantische Gemeinschaft oder die NATO auf der einen Seite und die Eurasische Wirtschaftsunion oder militante Vorstellungen von ›Neurussland‹ oder einer ›russischen Welt‹ auf der anderen. Und in der Tat steht die Frage nach Europa und der Ukraine mit all diesen imaginären wie auch politischen Konstruktionen in Zusammenhang.

Es lohnt sich jedoch, auf die europäische Dimension zu fokussieren. Hierfür liegen fünf Gründe auf der Hand: *Erstens*, die Ukraine gehört zu Europa; das ist eine so offensichtliche Tatsache, dass sie keiner weiteren Erläuterung bedarf. *Zweitens*, der Konflikt in ihren östlichen und südöstlichen Landesteilen findet nicht weit entfernt von dem – uneinheitlich, doch deutlich – privilegierten und daher verängstigten wie auch vergleichsweise mächtigen Teil von Europa statt, der die Europäische Union bildet. *Drittens* wurde die Ukraine-Krise ausgelöst, als die vorrevolutionäre ukrainische Regierung unter Präsident Janukovyč eine 180-Grad-Wende vollzog, indem sie sich plötzlich gegen ein lang verhandeltes Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union entschied. Diese Abkehr von Brüssel und Hinwendung zu Moskau war selbstverständlich nur der Anlass; die Wurzeln der Krise reichen tiefer. Trotzdem wurde der Widerstand gegen die Janukovyč-Regierung u. a. unter dem Schlagwort Euromaidan bekannt: Ein idealisiertes Bild von EU-Europa wurde zur Kontrastfolie für das, was die vorrevolutionäre Regierung anzubieten hatte – oder vielmehr für das, was sie nicht bieten konnte und was sie stattdessen zu verstetigen drohte: nämlich heimische Kleptokratie und außenpolitische Abhängigkeit von Russland mit seiner spezifischen – wenn auch keineswegs völlig einmaligen – Kapitalismusvariante bestehend aus Oligarchie und simulierter Demokratie.

Dabei muss betont werden, dass diese Kontrastfolie ein *idealisiertes* Bild von EU-Europa darstellt, das mit Sicherheit in vieler Hinsicht enttäuscht werden wird. Es ist trotzdem leicht nachzuvollziehen, dass es aus der Perspektive vieler Einwohnerinnen und Einwohner der Ukraine im Jahr 2013 natürlich und vernünftig schien, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union mit der Hoffnung auf konkrete Fortschritte zu verbinden – und in der De-facto-Entscheidung der Janukovyč-Regierung gegen das EU-Abkommen die Gefahr zu sehen, dass nun eine noch schlimmere Zeit, mit noch mehr Ungleichheit und noch mehr Korruption als zuvor, bevorstehe.

Um eine *vierte* Verbindungslinie zwischen Europa und der Ukraine-Krise zu ziehen, seien zwei Zitate angeführt, eines aus einer Rede des russischen Präsidenten Vladimir Putin, die er 2001 in Deutschland hielt:

»Russland ist ein freundlich gesinntes europäisches Land.«<sup>6</sup> Das andere ist ein Auszug aus einem Bericht des Britischen Oberhauses aus dem Jahr 2015: »Die Beziehung der EU zu Russland [...] stützte sich auf [...] die Voraussetzung, dass Russland sich auf dem Weg befindet, ein demokratisches ›europäisches‹ Land zu werden. Das war [jedoch] nicht der Fall.«<sup>7</sup>

Doch tatsächlich ist Russland – demokratisch oder nicht, freundlich gesinnt oder nicht, ob es uns gefällt oder nicht – genauso wie die Ukraine ein Teil von Europa. Sicherlich, neben den langen und intensiven Beziehungen mit anderen europäischen Ländern gibt es für Russland auch andere wichtige Orientierungspunkte. Aber es wäre ein großer Fehler, die europäische Zugehörigkeit Russlands im Sinne eurasistischer Denkweisen oder westlicher Modelle eines unterstellten ›Kulturgefälles‹ zu leugnen, nur weil die gegenwärtigen Beziehungen angespannt sind. Deutschland war einst ein noch sehr viel problematischerer und frustrierenderer Teil Europas – und doch ist es ihm nicht prinzipiell verwehrt worden, dazuzugehören.

Einfach ausgedrückt: Europa kann Russland nicht schlichtweg als sein großes ›Anderes‹ wegphantasieren. Und dabei spielt es keine Rolle, ob uns – oder vielleicht einigen russischen (oder ukrainischen) Intellektuellen oder Politikern – diese Tatsache behagt oder nicht. Europa ist, offen gesagt, ein wenig wie eine reizbare und oft gründlich unglückliche Familie – auch wenn ihre Mitglieder sich nach Herzenslust streiten und sogar miteinander kämpfen, bleiben sie doch miteinander verbunden, einschließlich der Ukraine, einschließlich auch Russlands.

Zuletzt sollte man einen *fünften* Bezugspunkt nicht vergessen: Ein ukrainischer Historiker, Andrii Portnov, hat behauptet, dass sich nicht allein die Ukraine im Kriegszustand befinde, sondern Europa als Ganzes, auch wenn »nicht jeder bereit ist, das zu akzeptieren«.<sup>8</sup> Diese Aussage ist offensichtlich nicht nur eine bodenlose Übertreibung, sondern

<sup>6</sup> Rede Vladimir Putins vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001, <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/21340> (30.11.2017): »Russia is a friendly European nation.« Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag am 25.09.2001, [https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin\\_wort-244966](https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin_wort-244966) (30.11.2017).

<sup>7</sup> House of Lords: European Committee, 6<sup>th</sup> Report of Session 2014–2015: »The EU and Russia: before and beyond the Crisis in Ukraine«, London 2015, S. 22 und 94, online: <https://publications.parliament.uk/pa/ld201415/ldselect/ldeucom/115/11506.htm#a17>: »The EU's relationship with Russia has for too long been based on the optimistic premise that Russia has been on a trajectory towards becoming a democratic ›European‹ country. This has not been the case.«

<sup>8</sup> Ketevan Kantaria: »Europe, not just Ukraine, is at war. A conversation with historian and essayist Andriy Portnov«, *Eurozine*, 25.07.2015, <https://www.eurozine.com/europe-not-just-ukraine-is-at-war/> (30.11.2017): »Europe, not just Ukraine, is at war, even if not everybody is aware or wants to accept this truth.«

rundweg falsch, aber sie verdeutlicht etwas Wichtiges. Sie spiegelt den offenkundigen Wunsch, die Ukraine-Krise mit so viel ›gesamteuropäischer‹ Bedeutung aufzuladen wie rhetorisch überhaupt vorstellbar. Es ist klar zu erkennen, dass ›Europa‹ auf diese Weise auf ein Mittel der politischen Überredung reduziert wird: Je mehr ›Gesamteuropäisches‹ in der Krise in der und aufgrund der Ukraine auf dem Spiel steht, desto mehr Unterstützung muss die Ukraine erhalten und ein desto größeres Risiko müssen Europas Regierungen und Gesellschaften bereit sein, für diese Unterstützung einzugehen.

Neben solchen recht offensichtlichen Taktiken, durch die die Ukraine-Krise mit Europa verknüpft wird, lässt sich noch eine kompliziertere Auswirkung beobachten, und zwar in der Konstruktion und Rekonstruktion von Narrativen über zivilisatorische Identität, Differenz und gegenseitige Abgrenzung. Leider ist absehbar, dass diese Erzählungen, die häufig zur Unterstützung der Ukraine gedacht sind, letzten Endes nicht hilfreich sein werden – und zwar weder für die Ukraine noch für Europa oder im Allgemeinen.

Im Kern gibt es drei sich überschneidende Typen solcher Erzählungen: Die Ukraine als Europas Prüfstein und Anstoßgeber, die Ukraine als Europas Schande und die Ukraine als Europas Bollwerk. Zuerst zum Bild von Europas Bollwerk: Nach Alexander Motyl, einem aktiven und äußerst engagierten Beobachter der Krise, ist es »einfacher, Russland im Donbass aufzuhalten, als in Schlesien«.<sup>9</sup> Indem Motyl den Konflikt als einen Kampf der Zivilisationen darstellt, warnt er uns, dass seine »Wurzeln« nicht allein »in einem Zusammenstoß der russischen und ukrainischen Regierungstypen« lägen, sondern auch in einem Zusammenstoß »ihrer Geschichte, Kultur, Ideologie und Werte«.<sup>10</sup> Das Risiko, darauf besteht er, sei ein globales: Konzessionen an Russland, warnt er, könne es nicht geben, ohne die ganze »Weltordnung umzustülpen und die Sicherheit und das Überleben des Westens zu gefährden«.<sup>11</sup> Irreführend und heftig übertrieben, bleiben solche Bemerkungen doch aus mehreren Gründen interessant: Genau wie gelegentliche ukrainische Regierungsrhetorik berufen sie sich auf eine schicksalhafte Unausweichlichkeit in einem Duktus, der jenem ähnelt, der den Ersten Weltkrieg mitermöglicht hat. Denn letztlich ist die Behauptung, dass Russlands Aggression in der Ukraine ein Vorbote eines sehr viel größeren und breiteren Angriffs

<sup>9</sup> Alexander J. Motyl: »The Surrealism of Realism: Misreading the War in Ukraine«, in: *World Affairs* 177.5 (2015), S. 83 f.: »[I]t's easier to stop Russia in the Donbas than in Silesia.«

<sup>10</sup> Ebd., S. 83.

<sup>11</sup> Ebd.: »Russia cannot be accommodated – not because that's normatively bad, but because doing so would upend the world order and affect the security and survival of the West.«

war, immer nichts anderes gewesen als eine bloße, durch und durch gewagte Vermutung. Zudem geht Motyl von der ebenso rein spekulativen Annahme aus, dass ein Kompromiss mit Russland einzig auf Kosten nicht einfach irgendwelcher, sondern strikt wesentlicher Interessen des Westens gefunden werden könne. Gemäß dieser Argumentationslinie stehen letztlich nicht nur bloße Interessen, sondern das Überleben selbst auf dem Spiel. Selbst wenn solche Behauptungen faktisch haltlos sind, finden sie doch einen emotionalen Widerhall. Vor allem – und das ist wohl ihr rhetorischer Zweck – schließen sie nicht nur einen schlechten, sondern jeglichen Kompromiss aus.

Noch auffälliger ist jedoch eine implizite, aus ukrainischer Perspektive letztlich bittere Ironie: Solche Spekulationen scheinen Ausdruck des Bestrebens zu sein, für die Ukraine ein Maximum an internationaler Unterstützung zu mobilisieren. Wenn jedoch wirklich so viel auf dem Spiel stünde, würden pragmatische Lösungen moralisch gesehen nahezu undenkbar: Denn ein sowohl für die internationale Gemeinschaft wie für die Ukraine erzielter Kompromiss sähe dann aus wie eine Art Verrat an der Mission des Landes, als neues Bollwerk des Westens zu dienen.

Ein anderes – damit zusammenhängendes – prominentes Modell betrachtet die Ukraine-Krise als entscheidende Prüfung und als einen Anstoßgeber für Europa (und für den Westen). Dieser Ansatz greift die vielen Probleme der Europäischen Union auf. Demnach sei die Krise der Europäischen Union – in den Worten von Timothy Snyder, einem populären Historiker – nicht nur eine »politische« Krise, sondern auch eine »philosophische«. Diese »philosophische« Dimension wird dann als eine »Erosion Europas als Quelle und Heimat von universellen Werten« definiert.<sup>12</sup> Entsprechend sieht er »das Wesen und das explizite Ziel von Russlands Krieg in der Ukraine« als »die Zerstörung der Europäischen Union als universalistisches Projekt, dem die Ukraine beitreten könnte«, um das Projekt durch ein »eurasisches Projekt« unter »russischer Hegemonie« ersetzen zu können – einer Hegemonie, die auf der »moralischen Prämisse« beruhe, »dass die Mitglieder der Europäischen Union die traditionelle europäische Kultur aufgegeben haben [...] zugunsten von ›Dekadenz‹ und dass allein Russland die Zivilisation repräsentiert«. <sup>13</sup> Aus

<sup>12</sup> Timothy Snyder: »Edge of Europe, End of Europe«, *The New York Review of Books*, 21.07.2015, <http://www.nybooks.com/daily/2015/07/21/ukraine-kharkiv-edge-of-europe/> (30.11.2017): »The crisis of the European Union has two sides. One is political, about the lack of democracy within European institutions; the other is philosophical, about the erosion of Europe as a source of and home for universal values.«

<sup>13</sup> Ebd.: »The essence and explicit purpose of Russia's war in Ukraine, on the other hand, is the destruction of the European Union as a universalist project that Ukraine could join. In its place, Moscow wants to establish a rival to the EU, known as the Eurasian

dieser Perspektive erscheint die Ukraine-Krise als »ein Zusammenstoß von russischer Desintegration und europäischer Integration«; und bei der ukrainischen Revolution geht es um nicht weniger als »Europa selbst«. Doch tragischerweise, so setzt Snyder seine Argumentation fort, findet sich die Ukraine nun gefangen zwischen einem europäischen »Narzissmus«, der unfähig ist, Europas eigentlichem Universalismus gerecht zu werden, und einem russischen »Nihilismus« und »Provinzialismus«. <sup>14</sup>

Auch diese Erzählung erreicht hohe rhetorische Wucht, indem sie geschickt genaue Beobachtungen mit Spekulation, pauschalen Verallgemeinerungen und vielsagender Ungenauigkeit verknüpft: Denn wo ist in diesem Narrativ, das die Europäische Union so eng mit ihrem leidenschaftlich beschworenen und hochgepriesenen Universalismus identifiziert, die Trennungslinie – und *gibt* es diese Linie überhaupt noch? – zwischen der Annahme, dass Russland dabei ist, die Europäische Union als ein *universalistisches Projekt* zu bekämpfen, und der Idee, dass Russland sie einfach als solche zerschlagen möchte? Und woher wissen wir eigentlich, dass das – empirisch unbestreitbare – Bestreben Russlands, die Politik und die Werte der Europäischen Union zu kritisieren und anzugreifen, gleichbedeutend ist mit dem zielstrebigem Willen, die Union als solche zu zerstören? Hier geht es nicht nur um graduelle Unterschiede, sondern um zwei prinzipiell unterschiedliche Dinge mit sehr unterschiedlichen politischen Implikationen.

Darüber hinaus bedarf die pauschale Behauptung, dass es vielen Ukrainerinnen und Ukrainern bei ihrer Revolution um Europa gegangen sei, der Präzisierung: Denn wie schon gesagt, war eine idealisierte Europäische Union zwar ein wichtiger Referenzpunkt für die Ukraine. Doch selbst während der frühen Phase der Revolution stieß die Bezeichnung ›Euromaidan‹ auch auf großen Widerspruch – zumindest bei einigen Ukrainern, die die Revolution dabei sehr wohl unterstützten: Sie bestanden darauf, dass dieser Name bereits veraltet sei. Ihr Protest beziehe sich – so erklärten sie – vor allem auf die Ukraine selbst. Für diese Revolutionäre spielte Europa zwar eine Rolle, aber lediglich als Auslöser und als ein Referenzpunkt des Protests: Die Antriebskräfte ukrainischer revolutionärer Politik sollten nicht im Dienste einer gefälligen – und, in der Tat, auch etwas selbstgefälligen →europäischen‹ (oder ›westlichen‹) Selbstbespiegelung zurechtgestutzt werden.

---

Union. [...] [T]he Eurasian project proposes a Russian hegemony of territories that Russian leaders regard as historically theirs, such as Ukraine. Its moral premise is that members of the European Union have abandoned traditional European culture [...] for ›decadence‹ and that only Russia represents civilization.«

<sup>14</sup> Ebd.

Alles in allem wird der Ukraine in dieser Selbstbespiegelung nämlich erneut eine Rolle zugeschrieben, die ihr nicht nur eine scheinbar privilegierte Position zuspricht – als Arena eines manichäischen Kampfes für die eigentliche, wahre und schöne universalistische Seele Europas, sondern ihr auch eine Last auflädt: Denn wenn die Ukraine jetzt der edle Ort eines ersehnten authentischeren und aufopferungsvolleren Europas sein soll, dann erwächst ihr nicht nur die Gefahr, als geostrategisches Bollwerk zu dienen, sondern auch die Bürde einer imaginierten zivilisatorischen Mission, die darin bestehen soll, ein idealisiertes, jedoch seiner vielbesungenen Werte müdes Europa wiederzubeleben.

Hierbei kommt es zu einer bemerkenswerten rhetorischen Konvergenz über politische Positionen hinweg, und zwar hinsichtlich der Idee vom Niedergang Europas: wenn Russland dafür kritisiert wird, dass es die von ihm verspottete kulturelle ›Dekadenz‹ Europas angreife, so wird Europa umgekehrt ermahnt, Russland gerade deshalb zu widerstehen, um einen – allerdings mit anderen Erwartungen und Werten verbundenen – europäischen Niedergang zu verhindern.

Diese hier nur angerissenen Ideen von einem fundamentalen Zusammenprall der Werte münden dann in die Erzählung von Europas Schwäche und Schande. Ohne auf dieses Phänomen weiter eingehen zu wollen, lassen sich ihre Spuren in unzähligen Medienpublikationen finden, die beklagen, dass die westliche Unterstützung für die Ukraine nicht nur unzureichend gewesen sei, sondern beschämend mangelhaft: Anschuldigungen gegen die westliche und europäische ›Appeasement-Politik‹ gingen einher mit einer Kritik an Diplomatie an sich als im Grunde genommen sinnlos oder gar schädlich. Wie gesagt, zukünftige Historikerinnen und Historiker mögen es faszinierend finden, wie der Gedanke von Europas Schande sich auf beiden Seiten der Front findet: In der Tat posaunen russische Medienkanäle diese Botschaft nicht weniger laut, doch natürlich mit diametral entgegengesetzten Bewertungen und Zielen in die Welt.

Indessen sind die Idee und die Bedeutung der Schande auch jenseits ihrer rhetorischen Instrumentalisierung von Belang: Wenn wir diesen Komplex verstehen, können wir auch beginnen zu erklären, warum die Ukraine-Krise Ängste katalysiert hat, die weit über die Gegenwart hinausweisen. Kurz gefasst ist dies ein Ergebnis der Geschichte, oder genauer: eine Folge des Endes des Kalten Krieges, das die Erinnerung an das 20. Jahrhundert verändert hat. Die Katastrophen und Verbrechen der Vergangenheit dienen als Schlachtfelder für ›Erinnerungskriege‹. Sie umfassen den Holocaust, den Zweiten Weltkrieg und die politisch motivierte Hungersnot der Jahre 1932 und 1933 in der Sowjetunion, die

Millionen von Menschen in der Ukraine (und auch anderswo) das Leben kostete, um nur einige Beispiele zu nennen.

Es ist wichtig, zu fragen, warum die Erinnerung an solche Katastrophen und Verbrechen als Munition für Erinnerungskriege gebraucht werden kann. Was macht sie so explosiv? Ich glaube, der wichtigste Grund ist Scham, ob erkannte oder verdrängte: Diese Erinnerungen zwingen Europa dazu, nicht nur sein Leiden zu beklagen, sondern sich auch seinen Verbrechen, seinem Versagen und seinen Demütigungen zu stellen – im Osten wie im Westen. Sie erzwingen die Auseinandersetzung mit den historisch keineswegs weit zurückliegenden Erfahrungen von autoritärer Herrschaft – linker wie rechter – und insbesondere mit der massenhaften Beteiligung an autoritärer Herrschaft und ihren Verbrechen. Dass der rechte Autoritarismus zurzeit auch innerhalb der EU wiederauflebt, besonders in Ungarn und Polen, macht das Problem nur noch akuter. Dazu kommen noch das Erbe des weitverbreiteten gewalttätigen ethnischen Nationalismus und das von Europas langer Teilung im Kalten Krieg, als der Kontinent nicht nur in zwei antagonistische Blöcke gespalten war, sondern auch in unterschiedliche Formen des Erinnerns und des Vergessens.

Dass die Ukraine-Krise Europas Ängste wie in einem Brennglas bündelte, liegt meiner Ansicht nach in dieser Differenz begründet: Im Osten Europas war es nahezu unmöglich, offen über die Verbrechen des Kommunismus zu sprechen, während der Sieg über den Nationalsozialismus im Zentrum der Erinnerung stand. Im Westen hingegen war es selbstverständlich erlaubt, die Verbrechen des Kommunismus zu diskutieren, doch erhielten sie und ihre Opfer trotzdem oft nicht genügend Aufmerksamkeit: Das betraf beispielsweise die sowjetischen Hungersnöte der 1930er Jahre oder auch die Gewalt- und Unterdrückungsgeschichte der ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion.

Heutzutage will Russland sich an den Zweiten Weltkrieg vor allem und sogar ausschließlich als an einen heroischen Kampf gegen den Nationalsozialismus erinnern, zu dem die Sowjetunion (de facto unter russischer Führung) einen entscheidenden und enorm verlustreichen Beitrag geleistet hat. Wie bei vielen wirkmächtigen Erzählungen handelt es sich dabei nicht um eine einfache Lüge, sondern um ein Amalgam aus Dichtung und Wahrheit. Doch wie in jedem politisierten Diskurs sind hier die Auslassungen und Verzerrungen entscheidend: Tendenzen, allein *Russland* jene tatsächlich *sowjetischen* Leistungen zuzuschreiben und dabei sowjetische Verbrechen zu relativieren, generell die Geschichte, die Erinnerung und die Debatte ›patriotisch‹ kontrollieren zu wollen (unglücklicherweise auch eine dominante Tendenz in der postrevolutionären

Ukraine) und – was vielleicht am beunruhigendsten ist – sogar Stalin teilweise zu rehabilitieren. Doch jenseits der unmittelbaren und realen Politisierung können und sollten wir diese verstörenden Muster auch als Spuren einer unterdrückten Scham lesen, eines ungeklärten Verhältnisses zu einer extrem schwierigen und auch leidvollen Vergangenheit.

Unterdessen heben die postrevolutionäre Ukraine und ihre Unterstützer die vorübergehende, aber weitreichende Komplizenschaft zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus, den sowjetischen Imperialismus und die Tatsache hervor, dass die sowjetischen Opfer im Zweiten Weltkrieg nicht allein von Russland, sondern zu einem Großteil auch von anderen Nationen, wie der Ukraine, erbracht wurden.

Keine Erinnerungspolitik ist jedoch makellos, auch die nun offiziell in der Ukraine bevorzugte nicht. So wird hier der während des Zweiten Weltkriegs mobilisierte brutale Nationalismus einseitig als edler nationaler und ›antitotalitärer‹ Befreiungsversuch präsentiert. Tatsächlich handelte es sich jedoch um eine autoritäre und gewalttätige Bewegung mit ausgeprägten antisemitischen und faschistischen Zügen, die sich aktiv am Holocaust beteiligte und Massaker und ethnische Säuberungen durchführte. Die Verherrlichung dieser Geschichte, wie sie mit massiver staatlicher Unterstützung vom ukrainischen Institut der Nationalen Erinnerung unter Volodimir Viatrovič energisch vorangetrieben worden ist, ist zutiefst beunruhigend und wirkt besonders aus europäischer Perspektive problematisch: Denn die Ukraine strebt politisch nach einer EU-Mitgliedschaft. Dies macht es meines Erachtens umso nötiger, über die einfache Tatsache nachzudenken, dass zwar graduelle und wichtige, aber keine prinzipiellen Differenzen dazwischen bestehen, Stepan Bandera, den verbrecherischen Führer des ukrainischen Nationalismus zur Zeit des Zweiten Weltkriegs, als einen bloßen ›Patrioten‹ in ›harten Zeiten‹ neu zu erfinden, und dazwischen, dasselbe, mutatis mutandis, mit Stalin zu tun. Anders gesagt, so unangenehm dies für manche Repräsentanten der Ukraine sein mag: Die Gräueltaten der Nationalisten zu leugnen oder zu relativieren ist keinesfalls verständlicher oder besser, als das Ausmaß der kommunistischen Repression zu verharmlosen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Nachbar, Russland, mithilfe von direkter und indirekter militärischer Gewalt sowie Propaganda die Ukraine überfällt und Teile ihres Territoriums annektiert. Die Souveränität der Ukraine ist so unantastbar wie die jedes anderen Staates und sie steht nicht zur Disposition, nur weil es sich um einen verhältnismäßig jungen Staat handelt. Aber beide Axiome, territoriale Integrität und Souveränität, sind in der Realität verletzt worden, und wir müssen fragen: Wie gehen wir damit um?

Die Quintessenz dieses Essays besteht in einer Warnung: Meiner Ansicht nach war die Praxis, die Ukraine rhetorisch zu einem Dominostein europäischer und westlicher Werte zu machen, niemals hilfreich. Glücklicherweise hat diese Rhetorik inzwischen nachgelassen, und sie sollte nicht wiederbelebt werden. Wir sollten die Bestrebungen und Opfer der Ukrainer vollständig anerkennen und unterstützen. Doch das darf nicht bedeuten, ihr Land zu Europas imaginiertem Bollwerk (oder dem des Westens überhaupt) oder zum Elixier gegen unsere Ängste vor ideologischer Erschöpfung und politischer Malaise oder zur Projektionsfläche unserer schlimmsten Träume zu machen, in denen wir von unseren beschämendsten Erinnerungen an unsere größten Fehler und Verbrechen heimgesucht werden.

Denn wenn man diese klangvolle Rhetorik, die wir uns so gerne leisten, wirklich ernst nimmt, impliziert das, dass es keine Alternativen zu einer massiven Konfrontation gibt: Wo wirklich alles auf dem Spiel steht, muss auch alles eingesetzt werden. Es steht jedoch außer Frage, dass die ersten Opfer einer weiteren Eskalation die Ukraine und ihre Bevölkerung wären. Diese Gefahr zu benennen, ist kein ›Appeasement‹ und hat nichts zu tun mit ›Äquidistanz‹ oder der Häresie des ›Russlandverstehens‹. Es bedeutet schlicht das Bemühen darum, das Dilemma der Ukraine vollends zu verstehen, und zwar wirklich zu verstehen, ohne Verzerrung durch unsere eigenen Projektionen, unsere eigenen historischen Erinnerungen und ungelösten Probleme. Die Gefahren für die Ukraine sind groß genug. Sie noch zusätzlich mit unseren Ängsten vor einem Untergang des Abendlandes zu belasten, kann nicht helfen, selbst wenn es sich manchmal wie die höchste Form internationaler Solidarität anfühlen mag.

Aus dem Englischen von Matthias Schwartz